

Liste Fritz. Tirol

**Liste Fritz Pressespiegel
KW 26
Von 22.Juni bis 30.Juni
2024**

Abgabe für Wohnungsleerstand: Viele Gemeinden gehen leer aus

Dass die Leerstandsabgabe in Tirol nur einen kleinen Beitrag zur Erholung der Gemeindefinanzen leistet, ist bekannt. Wie gering der Anteil tatsächlich ist, zeigt nun eine detaillierte Aufstellung: In nur 68 Orten wurde kassiert!

Das erste Jahr Leerstandsabgabe in Tirol endete wie berichtet mit einem Flop: Nur 172.000 Euro haben 2023 alle 277 Tiroler Gemeinden zusammen eingenommen, „das sind durchschnittlich gerade einmal 621 Euro pro Gemeinde. In 209 Gemeinden hat überhaupt niemand etwas gezahlt! Schlusslicht bei den Einnahmen ist der Bezirk Reutte mit bescheidenen 903 Euro, Spitzenreiter Innsbruck mit 61.740 Euro. Aber auch das ist in Wahrheit nichts, denn hier stehen aktuell 3523 Woh-



Foto: Christof Birbaumer

„Für uns als Liste Fritz ist die Systematik der ‚Selbstanzeige‘ falsch. Deswegen wurde 2018 auch eine Leerstandserhebung beschlossen, aber nicht umgesetzt. Hier müssen VP und SP endlich ins Tun kommen!“

LA Markus Sint, Klubobmann Liste Fritz

nungen leer“, weiß Liste-Fritz-LA Markus Sint. Seit Mittwoch liegt nun die Anfragebeantwortung vor, die Sint an LH Anton Mattle

gestellt hat. In dieser sind alle Einnahmen der Gemeinde aufgeschlüsselt. Hinter dem bereits erwähnten Spitzenreiter Innsbruck kommt lan-

ge nichts. Nur Kirchberg kann halbwegs mithalten: Knapp 12.000 Euro lukrierte man aus der Abgabe, immerhin ein Fünftel Innsbrucks, obwohl man 26 Mal weniger Einwohner hat. Diese beiden sind übrigens die einzigen mit einer fünfstelligen Abgabe.

Anzahl der Immobilien wurde nicht erfasst

Kössen nahm knapp 9000 Euro ein, Kitzbühel 6480, Ellmau 6150, St. Ulrich a. P. 6000, Fieberbrunn 4900, Nauders 4800, St. Johann 4760 Euro, um nur die wichtigsten zu nennen.

Die Anzahl der Immobilien wurde bei der Umfrage seitens der Gemeindeabteilung des Landes nicht erfasst, streicht LH Mattle in

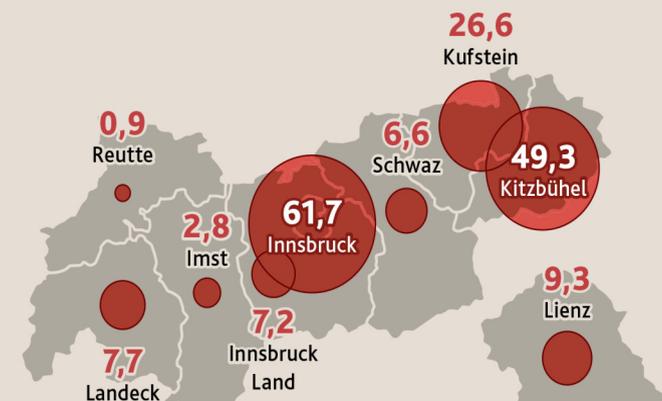
der Anfragebeantwortung hervor. Die Wohnungsbesitzer müssen die Abgabe bei der Gemeinde einmelden. Tatsächlich sollen das nur 900 tirolweit getan haben.

In der politischen Bewertung dieser Zahlen herrscht weitgehend Einigkeit: Die Sätze sind zu gering, Ausnahmen zu weitreichend, um einen Lenkungseffekt zu besitzen und leerstehende Wohnungen tatsächlich auf den Markt zu bringen. Höchstens 100 Euro pro Monat sind für eine 100-qm-Wohnung fällig, außer es handelt sich um eine der 148 Vorbehaltsgemeinden mit besonders hohem Wohnungsdruck. Da können die nach Wohnungsgröße gestaffelten Sätze immerhin verdoppelt werden. P. Neuner

LEERSTANDSABGABE TIROL 2023

NACH BEZIRKEN IN TAUSEND EURO

Frage: Wie hoch waren in den einzelnen Tiroler Bezirken die Einnahmen durch die Tiroler Leerstandsabgabe im Jahr 2023?



Basteln am Betreuungskonzept

Nach der GemNova-Insolvenz standen im Frühjahr einige Tiroler Gemeinden vor der Frage: Wie die Sommerferien-Betreuung sichern? Die Landes-Tochter KIB baut auf 2025.

Von Manfred Mitterwachauer und Verena Langegger

Innsbruck – Im Februar hatte Hansjörg Peer Alarm geschlagen. Dem Mutterer Bürgermeister drohte ein Sommer ohne ein Betreuungsangebot für doch an die 30 Volksschulkinder. Wie einige (aber nicht alle) Gemeinden im Land hatte Mutters bis zur Insolvenz der GemNova für die Ferienbetreuung das Angebot von deren Tochtergesellschaft, der Bildungspool Tirol, in Anspruch genommen. Das Problem: die KIB, also die „Kinder Bildung Tirol gem. GmbH“, welche vom Land nach der GemNova-Insolvenz das Angebot an Schulasistenz und Freizeitbetreuung für die Kommunen aufrecht halten sollte, war nicht auf Ferienbetreuung ausgelegt. „Das Problem haben mehrere meiner KollegInnen gehabt“, schildert Peer. Für heuer hat sich Mutters eine Lösung selbst zimmern müssen. In der Mittelgebirgsgemeinde habe man sich nun des Angebots einer Firma, die von zwei ehemaligen GemNova-Mitarbeiterinnen gegründet wurde, bedient, bestätigt Peer.

„**Natürlich wird das auch eine Preisfrage werden.**“

Hansjörg Peer
(Bürgermeister Mutters)

Dass die Weiterführung des Angebots zur Ferienbetreuung „ursprünglich nicht abzudecken war“, bestätigt man auf TT-Anfrage seitens der KIB. Zudem hätten sich nach einer Abfrage bei den bisherigen Kooperationspartnern, also den Gemeinden, „lediglich fünf gemeldet, die ein Interesse an einer entsprechenden Ferienbetreuung durch die KIB gehabt hätten“, heißt es. Alle weiteren hätten bereits selbst alternative Lösungen für die anstehenden Sommerferien gefunden. Aber auch von diesen fünf sei aktuell nur noch eine Gemeinde mit Bedarf übrig geblieben.



Neun Wochen Ferien sind für Berufstätige mit schulpflichtigen Kindern schwer zu überbrücken.

Foto: APA/Hirschberger

ben. An einer Lösung werde gearbeitet.

Aus dem Büro der zuständigen Bildungslandesrätin Cornelia Hagele (VP) wird bestätigt, dass betroffene Gemeinden mit der Organisation der Ferienbetreuung heuer durchaus so ihre Schwierigkeiten gehabt haben sollen. Auch aus diesem Grund habe man sichergestellt, dass die KIB für 2025 ein Konzept für ein Ferienbetreuungs-Angebot vorzulegen habe. Also eines, das ein ganzjähriges Angebot als Ausgangsbasis hat.

Auch das wird von der KIB so bestätigt. Ein erster Entwurf sei bereits im Rahmen einer Bedarfserhebung an die Gemeinden versandt worden. Der konkrete Bedarf und die gewünschten Umsetzungsformate würden nach erfolgten Rückmeldungen (die Frist läuft bis Ende Juni) „in individuellen Beratungsgesprächen mit den Kooperationspartnern abgestimmt“.

Rechtlich dürfte auf die KIB-Führung dabei aber wohl noch einige Arbeit warten. Gilt es doch, die Verträge mit dem Bestandspersonal zu

adaptieren und Richtlinien anzupassen. Der Durchrechnungszeitraum der aktuellen Rahmenverträge soll zwar zwölf Monate umfassen, aber derart gestaltet sein, dass in den Sommerferien eben nicht gearbeitet werden müsse.

„**Der konkrete Bedarf für den Sommer 2025 wird mit den Kooperationspartnern abgestimmt.**“

KIB
(Abt. Kommunikation)

Von einem neuen Angebot hat auch Peer bereits erfahren. Vorerst will er jedoch abwarten, wie die neue Ferienbetreuung in Mutters so anlaufe. Und: Die Preisfrage werde zentral, verweist Peer darauf, dass die KIB-Leistung für das Schuljahr im Vergleich zur Vorgänger-Lösung „deutlich teurer geworden sind“.

Dass Gemeinden in Tirol noch Probleme hätten, für heuer eine Ferienbetreuung für Schulkinder aufzustellen, kann Gemeindeverbandspräsident Karl-Josef Schubert

nicht bestätigen. Vielmehr attestiert er der KIB-Führung viel Engagement: „Sie sind sehr bemüht, das alles hinzubekommen.“

Indes wird Hageles Novelle zum Kinderbetreuungsgesetz (TKKG) von der Opposition ins Visier genommen. Wie berichtet, sollen ab Herbst Volksschulkinder zur Betreuung vor Schulbeginn in alterserweiterte Kindergartengruppen kommen dürfen, 17-Jährige zudem bereits in den Ferien als vollwertige Assistenzkkräfte tätig sein, sofern sie sich in einer Elementarpädagogik-Ausbildung befinden. „Die Ideen von Hagele werden immer abstruser“, ärgert sich NEOS-Landtagsabgeordnete Birgit Obermüller. Sie kritisiert, dass damit das „Kompetenz-Wirrwarr“ im Kindergartenbereich nur noch größer werde. Liste-Fritz-LA Andrea Haselwanter-Schneider fordert Hagele indes auf, wie in der Pflege nun auch in der Elementarpädagogik den Lehrberuf Kindergarten-Assistenz anzugehen: „Unser Antrag liegt schon seit Monaten in der Schublade.“

AK: Jedes 6. Kind unbetreut

Innsbruck – Eine Befragung der Arbeiterkammer (AK) zur Betreuungssituation während der Sommerferien zeitigt nun ein „dramatisches Ergebnis“, wie gestern AK-Tirol-Präsident Erwin Zangerl berichtete. Laut diesem Zwischenergebnis im Rahmen der AK-Schulkostenstudie („foresight“: 7. bis 16. Juni; 1021 Eltern-Haushalte bundesweit mit 1277 Schulkindern) gaben 35 Prozent der befragten Eltern an, dass es für sie ziemlich schwierig war, für alle Kinder ein passendes Angebot zu finden. Jedes sechste Kind sei in den Sommerferien tagsüber unbetreut zu Hause. Immerhin 53 Prozent der Befragten gaben aber an, sehr bzw. ziemlich leicht eine Kinderbetreuung sicherzustellen.

Für 47 Prozent stellt die Ferienbetreuung eine finanzielle Belastung dar. Im Schnitt müssen für Ferienangebote bis zu 238 Euro pro Kind veranschlagt werden. Die Angebote des Bundes wie etwa die Sommerschule seien oft nicht bekannt bzw. würden an der jeweiligen Stammschule nicht angeboten.

65 Prozent der Eltern müssen Urlaub oder Zeitguthaben verwenden, um ihre Kinder in der unterrichtsfreien Zeit betreuen zu können. Die AK bietet wie jedes Jahr eine eigene „Sommerschule“ an – auch in Tirol. (TT)



Die „Putin-Villa“ in Kitzbühel, die von Wladimir Putins Tochter genutzt worden sein soll, wird einem sanktionierten Oligarchen zugerechnet. Foto: TT

Liste Fritz zeigt Villenkäufe bei Staatsschutz an

Russisch-zypriotische Immo-Deals in Kitzbühel dem Ministerium gemeldet. Staatsschutz: Ermittlungen zu Strohmännern „schwierig“.

Von Max Strozzi

Innsbruck – Seit dem russischen Krieg gegen die Ukraine und den folgenden EU-Sanktionen gegen russische Oligarchen stehen auch Immobilienkäufe in Tirol durch Russen und Belarussen im Fokus. Das Land Tirol hatte im Vorjahr, wie berichtet, auf Ersuchen des Innenministeriums dem Bund 23 russische und belarussische Personen gemeldet, die seit 2012 in Tirol 30 Immobilien erworben haben.

Dies betraf jene Immo-Deals, bei denen die Käufer aufgrund der für Nicht-EU-Bürger notwendigen Genehmigung der Grundverkehrsbehörden auch ersichtlich sind. Nicht erfasst waren Umgehungsstrukturen, bei denen Russen die Immobilien etwa über eine zypriotische Firma oder mit Hilfe eines „goldenen zypriotischen“ EU-Passes erwarben. Solche Deals gab es in Kitzbühel zum Beispiel bei der „Putin-Villa“ sowie bei vier Immobilien-Käufen durch die gebürtige Russin Svetlana E. Die Putin-Villa wird laut Unterlagen internationaler Recherchenetzwerke dem sanktionierten Oligarchen Arkadi Rotenberg zugerechnet, die Villen von Svetlana E. dem sanktionierten russischen Ölmanager Eduard Chudainatow.



Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint. Foto: TT/Daniel Liebl

Die Liste Fritz hat nun auch diese brisanten Tiroler Immo-Deals dem Staatsschutz gemeldet: „Nachdem die schwarz-rote Landesregierung die Meldung nicht von sich aus gemacht hat, habe ich die Fälle Svetlana E. und Putin-Villa Kitzbühel selber an das Innenministerium gemeldet“, sagt Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint.

Ob diese Anzeige eine Prüfung auslöst, ist offen. Auch ein Dringlichkeitsantrag der Liste Fritz an den Tiroler Landtag, sämtliche Immobilien-Deals von und mit zypriotischen Staatsbürgern und Gesellschaften zu prüfen, hat wenig Aussicht auf Erfolg. In einer Stellungnahme dazu erklärt die Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) im Innenministerium, dass „eine zypriotische Staatsangehörigkeit mit Bezügen zu Russland per se noch keinen Verdacht eines Sanktionsverstößes begründet“. Sollte der Verdacht des Einsatzes von Strohmännern vorliegen, würden „entsprechende Ermittlungen eingeleitet, die sich jedoch in der Regel als schwierig erweisen, da die Eigentumsverhältnisse bewusst verschachtelt oder verschleiert werden“, so der Staatsschutz. Und der Verfassungsdienst des Landes verweist darauf, dass auch russisch-zypriotische Doppelstaatsbürger als EU-Bürger gelten und EU-Grundfreiheiten genießen. Zudem wären etwaige Sanktions-Umgehungen Bundessache.

Sint kritisiert abermals, dass die schwarz-rote Tiroler Landesregierung „keinen Finger rührt. Sie will nicht wissen, wer in Tirol kauft, was gekauft wird und woher die Millionen kommen, mit denen gekauft wird.“

Agrar-Causa wieder aufgerollt: Behörde steht im Schussfeld

Verein „Gemeindeland in Gemeindehand“ fordert Rückabwicklungsgesetz von Landesregierung ein. LHStv. Geisler sieht Vorwürfe als haltlos an.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – Die Causa Agrargemeinschaften hat Tirol über Jahre bewegt, Wellen geschlagen. Und immer wieder auch die Höchstgerichte beschäftigt. Das Grundproblem sei aber nach wie vor nicht gelöst. Mit dieser Feststellung will nun eine Achse aus Gemeinden, dem Verein „Gemeindeland in Gemeindehand“ und der Opposition eine neue Debatte zu diesem Thema eröffnen. Das Ziel ist klar abgesteckt: ein eigenes Rückübertragungsgesetz für Tirol. Wie berichtet, war es nach Jahren der harten politischen Debatte ab 2008 im Jahr 2014 zu einer schwarzgrün paktierten Novelle des Flurverfassungs-Landesgesetzes gekommen.

Es ist nichts weniger als der Vorwurf des „Amtsmissbrauchs“, der bei der gestrigen Pressekonferenz von den Vortragenden gleich mehrmals in den Mund genommen wird. Gemeint ist damit die Agrarbehörde des Landes.

Im Kern stützen sich die erhobenen Vorwürfe auf eine im Jahr 2019 ergangene Anfragebeantwortung an die Liste Fritz durch LHStv. Josef Geisler (VP). Neueste Erkenntnisse und auch Buchrecherchen des ehemaligen Mieminger Gemeinderates Ulrich Stern ließen die damals kolportierten Zahlen und die damaligen Auskünfte der Agrarbehörde in neuem Licht erscheinen, heißt es.

Konkret solle die Agrarbehörde damals angegeben haben, zwischenzeitlich 234 Agrargemeinschaften als Gemeindegutsagrargemeinschaft anerkannt zu haben. In 118 Fällen jedoch nicht. Sei es, weil es einst zu einer so genannten „Hauptteilung“ zwischen Gemeinde und Agrar gekommen sei oder aber weil sich die Flächen nie in Gemeindegut befunden hätten.

Laut Recherchen des Vereins gebe es in Tirol aber in Summe 451 Agrargemein-

schaften, kritisiert Steiger: „99 sind also von der Behörde nicht einmal erwähnt oder enttarnt worden.“ Und das, wo man elf Jahre hierzu Zeit gehabt hätte. Allein zum jüngsten Fall Zams wird der Vorwurf erhoben, dass hier „nicht einmal ein Bescheid ergangen ist“, wie Markus Sint (Liste Fritz) festhält.

Vorwurf der „Systematik“

„Es geht hier nicht um Einzelfälle, da steckt ein Plan dahinter“, argumentiert Sint. Und auch Steiger ortet „Systematik“ hinter diesen (Nicht-)Entscheidungen. Im Hintergrund gehe es in der Agrar-Causa stets um die Absicherung der Macht der ÖVP und ihres Bauernbund-Flügels, so der gestrige Vorwurf Sints.

Das 2014 in Kraft getre-

ne Agrargesetz, welches die Agrargemeinschaften befrieden sollte, bezeichnet Hansjörg Peer, Bürgermeister in Mutters, zwar als „funktional, aber sehr holprig“. Mutters habe drei Agrargemeinschaften, zwei davon seien als Gemeindegutsagrargemeinschaften klassifiziert worden. Hierfür wurden so genannte Substanzverwalter eingerichtet. Pro Jahr würden so an die 350.000 Euro in die Mutterer Gemeindekasse gespült, sagt Peer. Damit habe man Kinderbetreuung oder auch den Neubau eines Altenwohnheims (co-)finanzieren können. Trotzdem könnten viele Entscheidungen bezüglich dieser beiden Gemeindegutsagrargemeinschaften nur mit Genehmigung der Agrarbehörde von-

stattgehen. Ein direkter Zugriff der Gemeinde wäre wünschenswert.

Und das ist auch die Forderung, die gestern ans Land ging: anstelle des Agrargesetzes ein „Rückübertragungsgesetz“ zu schaffen.

Das wiederum kommt Geisler nicht in den Sinn: „Bereits im ersten Erkenntnis zu Mieders im Jahr 2008 hat der Verfassungsgerichtshof eine Übertragung des Grundeigentums als verfassungswidrig ausgeschlossen.“ Die Gemeinden hätten bereits „vollen Zugriff auf die agrargemeinschaftlichen Grundstücke sowie deren Vermögen. Geisler: „Für die Gemeinden passt das.“ Den Amtsmissbrauchs-Vorwurf weist er zurück. Der Rest sei nichts als „Theaterdonner“.

„Das alles sind keine Einzelfälle. Das ist ein systematischer Raubzug gegen die Gemeinden.“

Leonhard Steiger
(Obmann Verein Gemeindeland)

„Die Agrarbehörde vollzieht die geltenden Gesetze. Die Vorwürfe entbehren jeglicher Grundlage.“

Josef Geisler
(LHStv. und Agrarreferent; VP)

„Eine vollständige Rückübertragung würde den Gemeinden wieder direkten Zugriff auf die Flächen geben.“

Hansjörg Peer
(Bürgermeister Mutters)



Wollen die Agrar-Causa in Tirol neu aufrollen: Hansjörg Peer (BM Mutters), Markus Sint (Liste Fritz), Vereinsobmann Leonhard Steiger und Buchautor Ulrich Stern (v.l.)

„75 Jahre lang Amtsmissbrauch in Agrarfrage“

„Die Täuschung Tirols“ heißt ein neues Buch, das sich mit den Agrargemeinschaften befasst. Massiv sind die erhobenen Vorwürfe.

Akribisch untersucht Ulrich Stern das Thema Agrargemeinschaften schon seit Jahrzehnten. Als Mieminger Gemeinderat hat er die Entwicklungen von Anfang an mitverfolgt. Nun hat er ein Buch verfasst mit dem Titel „Die Täuschung Tirols“. Darin beschreibt er nicht nur die Rolle der Agrarbehörde, sondern verglich auch 4000 historische Einlagezahlen, um wahre Eigentumsverhältnisse aufzuzeigen.

„Mein Buch ist Mahnung und Aufschrei“, sagte der Autor gemeinsam mit Mitstreitern in Innsbruck: „75 Jahre Rechtswidrigkeit sollen beschönigt, verschwiegen und vergessen werden.“

Zum ersten Mal werde mit dem Buch ein rechtlicher Aspekt aufgezeigt, „der ein Dreivierteljahrhundert Amtsmissbrauch belegt“, führte Stern aus. „Beamte



Hansjörg Peer (BM Mutters), LA Markus Sint, Leonhard Steiger (Verein Gemeindeland in Gemeindehand) und Buchautor Ulrich Stern (von links).

der Landesverwaltung haben sich im Auftrag der bürgerlichen Politiker das Mäntelchen der Rechtmäßigkeit umgehängt, um darunter ihr Amt nach einem erfundenen Scheinrecht auszuüben.“

Durch die beiden VfGH-Erkenntnisse zu Mieders (2008) sei das Mäntelchen ausgezogen worden. „Trotz höchstrichterlicher Entscheidungen ist ein agrarrechtlicher Augiasstall ent-

standen, der bis heute nicht ausgemistet worden ist.“

Es sei nicht so, dass durch die Novelle des Agrargesetzes unter Schwarz-Grün I (2014) die Sache für die Gemeinden ausgestanden ist. Im Gegenteil: „Wenn sie zu ihrem Recht kommen wollen, müssen sie vor Gericht gegen die Agrarbehörde kämpfen. Das ist aufwendig und teuer“, berichtet Hansjörg Peer, Bürgermeister

von Mutters, aus der Praxis. „Und in der Zwischenzeit fließen die Erträge weiterhin den Agrargemeinschaften zu“, ergänzt Leonhard Steiger, einer der Mitstreiter Sterns, die im Internet auch die Seite der „Agrarpapers Tirol“ betreiben.

„Nur Rückübertragung wäre saubere Lösung“

„Mutters, Häselgehr, Langkampfen, Zams: Es geht

nicht um Einzelfälle. Das Gesetz ist kompliziert, bürokratisch, kurz: eine Zumutung. Für jede Entscheidung braucht es einen Rechtsanwalt, jede Entscheidung wird vor das Höchstgericht gezerrt“, schilderte LA Markus Sint (Liste Fritz). „Saubere Lösung wäre die Rückübertragung des Gemeindeeigentums an die Gemeinden per Landesgesetz.“

„Theaterdonner, sonst nichts“, sagt Agrarreferent LHStv. Josef Geisler dazu. Eine Rückübertragung sei bereits im Erkenntnis zu Mieders 2008 als verfassungswidrig ausgeschlossen worden. „Die Gemeinden haben bereits vollen Zugriff auf agrargemeinschaftliche Grundstücke und Vermögen. Für die Gemeinden passt das.“

Philipp Neuner

Tiroler Abwehr

ÖSTERREICH Bierhoff, Kimmich, Nagelsmann: Im Großraum Kitzbühel wächst der Widerstand gegen prominente Zuzügler aus Deutschland.

Die Rostocker Rauchwürste und die würzigen Thüringer aus Gera liegen bereit. Sobald die Fußball-Europameisterschaft auf Touren kommt, soll im Tiroler Ort Fieberbrunn germanisch gegrillt werden. Denn in der Bar »Castello« am Dorfplatz, wo sich laut Eigenwerbung »Tradition und Moderne harmonisch vereinen«, gibt ein von der Ostsee Zugewandelter den Ton an: der Lederhosen-Träger Ronny Zeich.

Der neueste deutsche Zuzügler im 4500-Einwohner-Ort Fieberbrunn ist Fußballbundestrainer Julian Nagelsmann. Er hat sich im März für 1,75 Millionen Euro ein Anwesen am Ortsrand zugelegt. Sollte es mit dem EM-Titel wieder nichts werden, wäre wohl ein Krisenstammtisch bei Ronny im »Castello« fällig. Genug potenzielle Teilnehmer gäbe es.

Ex-DFB-Manager Oliver Bierhoff unterhält einen Freizeitwohnsitz in Hochfilzen, nur wenige Kilometer entfernt von Nagelsmanns neuer Adresse. Joshua Kimmich besitzt ein Haus im nahen St. Johann. Ex-Weltmeister Bastian Schweinsteiger hat sich in Westendorf eingekauft. Und der frühere Europameister Christian Ziege leitet im nahen Leogang eine Fußballschule.

Der Zustrom prominenter, begüterter Deutscher hat einen für die Einheimischen unangenehmen Nebeneffekt: Die Preise für Grund und Boden explodieren. In Fieberbrunn gehen deshalb die Meinungen über den prominenten Neubürger Nagelsmann auseinander. Die einen sprechen vom möglichen Imagegewinn und von zusätzlicher Wertschöpfung für den Ort. Eines ihrer Sprachrohre ist der ehemalige Bürgermeister, der 26 Jahre lang an der Spitze der Gemeinde stand. Seine Firma hat den Zuschlag als Generalunternehmerin für das Bauprojekt des Bundestrainers bekommen.

Die anderen verweisen darauf, dass der Zuzug des Bundestrainers

den spekulationsbedingten Ausverkauf raren Bodens im gebirgigen Tirol nur beschleunige. »Das Nagelsmann-Grundstück wurde vor sieben Jahren für 225.000 Euro verkauft, dann zweimal weitergereicht, ehe es der Bundestrainer für das Siebenfache des ursprünglichen Werts erworben hat«, sagt Sepp Niedermoser von der oppositionellen Liste Fritz: »Der Grund, warum die alle zu uns kommen, ist klar – sie wollen Beton vergolden.«

Die Folgen, so der Lokalpolitiker: »Während sich die Einheimischen bei Quadratmeterpreisen von bis zu 6000 Euro in Kitzbühel keinen Baugrund mehr leisten können, kaufen sich EU-Ausländer nach Belieben ein – Freilandhaltung für die Reichen, Käfighaltung für die hier Geborenen.« Kitzbühel liegt keine zehn Kilometer westlich von Fieberbrunn. »Wir haben hier die höchsten Lebenshaltungskosten und die niedrigsten Einkommen, das geht sich nicht mehr aus, das greift ein ins soziale Gefüge der Gesellschaft«, schimpft Niedermoser: »Unsere gewachsene Kulturlandschaft ist ja nicht gottgegeben.«

Die konservativ geführte Tiroler Landesregierung hat bereits vor acht Jahren ein Gesetz eingeführt, das den Gemeinden vorschreibt, höchstens acht Prozent aller Immobilien als Freizeitwohnsitze zu genehmigen. Diese Vorschrift lässt sich jedoch umgehen, indem der Käufer schriftlich versichert, das künftige Objekt sei als

Hauptwohnsitz geplant. So hat es Schweinsteiger gehalten. Und auch Nagelsmann.

In der Theorie soll eine unabhängige »Task Force« das Ganze überwachen. Tatsächlich aber ist es zu meist der Bürgermeister, der entscheidet, wo und wer kontrolliert wird. Schlimmstenfalls droht bei Zuwiderhandlung eine Zwangsversteigerung der Immobilie. Doch die wenigen tatsächlich bisher verhängten Strafen sollen sich im Schnitt auf gerade einmal 3000 Euro belaufen.

Manche deutsche Eigentümer seien erfindungsreich, sagt Kritiker Niedermoser: »Viele ihrer Objekte werden ganzjährig beheizt oder gekühlt, der Swimmingpool ist ständig startklar, das Licht wird ein- und ausgeschaltet, die Rollos gehen rauf und runter.« In einem Fall sei es sogar gelungen zu filmen, wie ein örtlicher Mitarbeiter die Mülltonne vor einem verlassenen Anwesen abholte, füllte und wieder zurückbrachte – »nur damit der Eindruck entsteht, dass jemand da war«.

Von einem »tirolweiten Krebsgeschwür« spricht der Landtagsabgeordnete Markus Sint mit Blick auf die illegalen Freizeitwohnsitze. Der Fall Nagelsmann könne zur »Nagelprobe« für die Landesregierung werden: Es sei »vollkommen unglaublich, dass der Bundestrainer der deutschen Nationalmannschaft plötzlich den Mittelpunkt seiner Lebens- und Arbeitsbeziehungen in Fieberbrunn haben soll«. Sint spricht vom »Ausverkauf Tirols« und fordert ein Ermittlungsverfahren, sobald Nagelsmanns Neubau fertiggestellt sei.

»Feuerwehr, Musikkapelle, Fußballverein – dafür haben ja solche Leute keine Zeit«, klagt ein alteingesessener Fieberbrunner: »Ich persönlich finde das nicht gut, wenn diese Herrschaften sich da einkaufen für zwei oder drei Wochen im Jahr.«

Oliver Bierhoff immerhin setzte bei der Jungbürgerfeier in Hochfilzen vor zwei Jahren ein zaghaftes Zeichen der Zugehörigkeit. Er schickte eine aufmunternde Videobotschaft: »Habt Mut, seid positiv, traut euch einiges zu und bleibt neugierig.«

Dass die Tiroler selbst beim Ausverkauf ihrer Heimat eine Schlüsselrolle spielen, werde oft übersehen, sagt der Fieberbrunner Barbetreiber Ronny Zeich: »Wer aus Geldgier verkauft, weil er von einem Ausländer eine Million mehr kriegt als von einem Einheimischen, den müsste man sich auch schnappen.«

Walter Mayr

Nagelsmann-Projekt in Fieberbrunn: »Sie wollen Beton vergolden«



Loth Hechenbühler / DER SPIEGEL

• Orte in Österreich mit Immobilien von Fußballprominenten



* besitzt in Leogang kein Haus, betreibt dort eine Fußballschule
 • Karte: OpenStreetMap